

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

84 (15.4.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 90 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „**Blätter für den Familientisch**“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Korrespondenz: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Bahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Bähler in Karlsruhe.

Die verschwundene Milliarde.

Paris, April.
Die Milliarde lag begraben in einem Schloß in Spanien. Ein republikanischer Staatsmann (Balder Rouffé) hatte gesagt: „Ich hole sie ... Ich bringe sie nach Paris, und ich lege sie euch zu Füßen.“ Flugs kam das Geis, und man wartete auf die Milliarde. Einige Monate zogen ins Land. Die Milliarde wurde unter die arithmetische Lupe. Und siehe da, sie fanden den alten Sach wieder befragt: Errare humanum est. Sie entdeckten anstatt der tausend nur noch sechshundert Millionen. Zuerst war ein ganz respektable Schatz selbst für den immerwährenden Staatsfiskus. Nun ging nach dem theoretischen Vorstudium an die praktische Arbeit. Man grub und grub. Aber dem Milliardenappetit stand eine zweite Enttäuschung bevor. Wir werden uns mit 200 Millionen begnügen müssen, meinten die Männer vom Geis. Indes auch 200 Millionen sind nicht zu verachten. Zahllose Klatten, große und kleine, nagten an diesem Mannonbissen. Sie nagten und nagten ganz ungestört. Blödsinnig ging das Gerücht, daß noch 50 Millionen übrig blieben. Die Milliarde sollte zur längst verpöndelten und ererbten Verwirrung eines sozialen Problems dienen und den Arbeitern in Form einer Altersrente einen sorgenlosen Lebensabend bereiten. Was nun mit ähnlichen 50 Millionen zu diesem Zweck begreifen? Ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es half natürlich nichts, gegen die brutale Tatsache sich aufzulehnen. Wenn 50 Millionen jostagen vom Himmel fallen, so ist das einem Beinbruch noch entschwieben vorzuziehen. Aber auch diese 50 Millionen schmolzen immer mehr zusammen wie der Schnee in der Gegend. Sie schmolzen auf 30 und 20 herab. Und wann werden wir diese zwanzig Millionen bekommen? mochten jene endlich schreien zu fragen, die auf die Milliarde gewartet hatten. Ihr könnt auch fünfzehn rechnen, fünf die Antwort. Bald jedoch ging das Gerücht, daß es sich nur noch um zehn Millionen handle, dann um 5, 3, 2 und endlich gar hörte man sich die bescheidenen Zahlen 500 000 Francs, 400 000 Francs, 300 000 Francs usw. ins Ohr flüstern. Es war wie ein Traum. Eines Tages hieß es, daß der Staatsfiskus der Restschatz endlich überbracht werde. Dieses historische Ereignis zog eine ungeheure Menschenmenge nach dem Finanzministerium. Ein Herr von richtigem Beamtenschlag ging schließend fort und etwas schüchtern zum Kassenschalter und sagte mit bewegter Stimme: „Ich übergebe Ihnen hiermit den Betrag der Ordensliquidation. Macht zusammen zwei Franken.“ Der Kassierer nahm das Geldstück mit lauter bestimmter Miene in Empfang und ließ es auf die Marmorplatte fallen (wie man das in Frankreich zu tun pflegt), um es auf seinen Klang zu prüfen. Enttäuscht rief er: „Mein Herr, Sie halten mich wohl zum Narren. Diese Münze ist aus Blei.“

Die vorstehende kleine Erzählung ist eine politische Legende oder auch keine. Es steckt ein sehr realer Kern in ihr. Sie hat sich bereits zum größten Teil verwirklicht. Das berichtet gewordene Liquidationskonto Minnae, Duz, Reconturrier, das von Einflüssen politischer Begünstigungswirtschaft auf den Aktien-

plan geschoben und zu Sachwaltern von 169 Kongregationen, d. h. von tausenden von Etablissements, bestellt wurde, hat sich mit seinen Hintermännern unter dem Deckmantel der Justitia auf den Ordenslehnem geworfen, um ihn geierartig auszuweiden. Natürlich nicht im Staatsinteresse, ausschließlich den Sturz des Klerus und der Kirche anzustreben. Wir glauben ihm auf dem Wort. Neben ihm und hinter ihm aber tauchte ein Meer von Gestalten höchst zweifelhafter Moral auf, das, auf die eigene Geldtasche schielend, den Strudel des Prinzipals ebenso bebend als kühl beiseite schob. Die Auflösung des Konfords als und die weitere Entwicklung des Kulturkampfes ist diesen geldgierigen „Prozedurbanditen“, wie sie der Justizminister Barthou treffend nannte, ein zur Blinderweg geeignetes reiches Feld erschienen. Es galt, eine Goldmine auszubringen, von der man ohne jede Kapitalanlage auf dem einfachen, kostenlosten Wege der Parlamentsabstimmungen und unter der im modernen Frankreich stets verlockend tönenden Devise „Verteidigung der Laiengesellschaft“ Besitz ergriff. Ministerpräsident Briand gab neulich den Betrag der bis zur Stunde erfolgten Abwidmung von Ordensgütern auf 440 Millionen Franken an. Selbstverständlich handelt es sich hier um eine Ziffer, der eine parteipolitische Taktik zu Grunde liegt. Denn es ist dabei der auf den Gütern lastenden Hypotheken nicht gedacht. Zumeist mußte es jeden von vornherein klar sein, daß eine gesättigte Wanderung solcher Werte einen Strom von unehrlicher Spekulation und Profitgier entfesselt. Das gerade in einem Lande, das auf Kosten des Staates und des Volkes eine Reihe von Geldschwindereien größten Stils, wie den Bananama und Wilsonskandal, die Humbert-Affäre usw. verzeichnen mußte. Wie kam es dann, daß eine Abwidmung solcher Umfanges nicht mit den nötigen Garantien versehen wurde? Eine Frage, die dem Kenner der heiligen politischen Kalkülmanöver nicht genug erscheint. Von der Opposition wurde seinerzeit ein diesbezüglicher geeigneter Antrag gestellt. Damit war aber auch seine grundsätzliche Ablehnung unter der im Schlepptau der Jakobinischen extremen Linien stehenden Comités der Aera, die selbst die gemäßigteren Republikaner als ihre Feinde betrachtete, von vornherein besiegelt. Die Wirksamkeit des alten Combes ist vor allem in gewissen Kreisen des Auslandes, und nicht zum wenigsten in Deutschland, über Gebühr geriechen worden. Man sah in ihm den „Verehrer“ Frankreichs vom „kerischen Lager“. Wenige Publizisten im antikatholischen Lager haben den Standpunkt vertreten, daß die gewaltsame Politik kurzfristig und daher auch auf die Dauer unwirksam war. Das Verbleib, die höchst unbedachte das gewaltige Werk der Ordensliquidationen eingeleitet worden ist, befähigt diese Ansicht von neuem und auf das Eklatante.

Die Opposition kann sich heute vergnügt ins Häutchen lachen. Es kam die Revanche, wenn auch nicht gerade burtigen Schrittes. Sie brauchte ein paar Jahre. Jedemfalls hat die Milliarde, die demnach nicht um den Stimmzettel ihrer verdrängten Wähler beteln muß, die Folgen ihrer engeren Parteipolitik zu tragen. Noch niemals in den letzten fünfzehn Jahren war die Stellung der Opposition eine fettere, und noch nie hätte sie auf ein glänzenderes Wahlergebnis hoffen dürfen, wenn sie es nur verstände, geschlossen zu sein. (Schluß folgt.)

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.
Zweite Kammer.
B.Z.K. Karlsruhe, 15. April 1910.

Präsident Hochhuth eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Göller und Staatsrat Seubert und Kommissare.
Im Einlaß befinden sich folgende Petitionen: 1. der im staatlichen Dienste stehenden Vertriebenen zu Mannheim wegen Gewährung eines Wohnzuschlags von 40 Pfg. pro Tag einschließlich aller Arbeiten; 2. der Gemeinden Rillshausen, Söbels, Kenbach, Dietenhan, Wöttigheim, Neubrunn wegen Errichtung einer Haltestelle der Taubertsbahn bei dem Orte Rillshausen; 3. des Robert Thoma in Bernau um Rechtshilfe; 4. des Unternehmers Friedrich Klüpfel in Weisweil um etatsmäßige Anstellung. Ferner ein Schreiben des Vorstandes des Bodensee-Fischereiverbandes mit dem Bericht über die Gründung und die bisherigen Verhandlungen des internationalen Bodensee-Fischereiverbandes.
Die Beratung des Finanzbudgets wird fortgesetzt bei den Titeln

Zoll- und Steuerverwaltung.
Ministerialdirektor Göller (sehr schwer verständlich): Der Etat ist außerordentlich vorzüglich aufgestellt. Im Jahre 1909 hat unter den indirekten Steuern nur die Fleischsteuer ein Mehrerträgnis gegen den Voranschlag ergeben und zwar um 14 Prozent. Die Ergebnisse der Fleischsteuer lassen einigermassen einen sicheren Schluss auf die Zunahme des Fleischkonsums zu. Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, über den Kluggang der Grundsteuerreform Mitteilung zu machen. Die Reichsteuer ist gegenüber unserer Verbrauchssteuer gering. Wir erheben 3 Pfg., das Reich 2 Pfg. Dieser Satz ermäßigt sich noch auf 1/2 Prozent, wenn die Reichsverzinsungssteuer eingeführt ist. Redner geht auf die Klagen der Abg. Wittmann und Vogel bezüglich der ungleichen Wirkung des Gehaltssteuers ein und erklärt, daß diese Veranordnungen nicht beabsichtigt seien. Die Vollzugsmaßnahmen zum Gehaltssteuersatz entsprechen dem Geis, sowie den in der Kommission gemachten Vorschlägen. Wir leugnen nicht, daß sich verschiedene Härten ergeben haben. Diese sind aber auf das Geis zurückzuführen und wir sind nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Vom Abg. Benedy ist die Frage der Spitzenklassen angebracht worden. Bei der Schaffung des Gehaltssteuersatzes ist davon ausgegangen worden, daß nur bei den wichtigsten Ämtern Spitzenklassen geschaffen werden sollen, daß aber für diese Stellen nicht das Dienstalter, sondern die Tüchtigkeit maßgebend sein soll. So ist es gekommen, daß ältere Beamte übergangen wurden. Künftig wird die Gestaltung für die Beamten etwas günstiger werden. Die Einführung des Vermögenssteuergesetzes hat große Arbeit bereitet. Das hat dazu geführt, daß man in der Annahme der Ämter etwas zu weit ging. Für die Anstellung von Beamten darf nur das staatliche Bedürfnis maßgebend sein. Die persönlichen Interessen der Beamten müssen hinter den allgemeinen staatlichen Interessen zurücktreten. Von diesem Grundgedanken darf nicht mehr abgewichen werden. Seit etwa 20 Jahren werden die Stellen der 73 Steuerkommissare in der Weise besetzt, daß 15 mit Finanz-

praktikanten und 58 mit Beamten, die aus der Klasse der Finanzassistenten herabgingen, besetzt werden. Darin wollen wir auch künftig keine Änderung vornehmen. Das Titelsystem macht ungeheure Schwierigkeiten. Köch hat die Frage der Wäcker an den Grenzorten besprochen. Die Interessen stehen sich hier gegenüber. Auf der einen Seite steht die Eindämmung der Wäcker durch die zollfreie Einfuhr von Vorkäse, auf der anderen Seite steht das Interesse der Grenzbevölkerung, die sonst im Grenzverkehr mancher Beschränkung unterworfen ist. Die Interessen der Bevölkerung überwiegen die der Wäcker. Ein Einläßreiten wäre nur möglich, wenn bei der zollfreien Einfuhr ein Mißbrauch getrieben wird. Das ist aber nicht der Fall. Ich würde es allerdings auch begrüßen, wenn Leute, die es ihrer Einkommensverhältnisse wegen nicht nötig haben, darauf verzichten würden. Es liegt eine Beschränkung der zollfreien Einfuhr schon darin, daß der Inhaber einer Brotkarte selbst und nicht durch Dienstboten das Brot einführen darf. Die zollfreie Einfuhr ist im Handelsvertrag geregelt; wir sind deshalb nicht in der Lage, eine Änderung zu treffen.

Staatsrat Seubert: Von verschiedenen Seiten sind Klagen geführt worden über die Verlegung. Es wird allgemein als mißlich empfunden, wenn ein Beamter ziemlich lange in einem weniger entsprechenden Grenzort bleiben muß. Wir haben Anordnungen getroffen, daß die Listen der Beamten darauf hin geprüft und solche Beamte von Amtswegen verlegt werden, damit sie die Umzugskosten vergütet erhalten. Infolge von Klagen über die Wohnungsverhältnisse in Erlangen waren wir bereit, dort eine Dienstwohnung zu bauen. Die Wohnungsnot wurde aber inwieweit behoben. Deshalb nahmen wir davon Abstand. Wir müssen auch mit Rücksicht auf die Vereinfachung des Dienstes und die Verminderung der Beamtenzahl mit dem Bau von Dienstwohnungen sehr vorsichtig sein. Was den Bau von Schutzhäusern betrifft, kommen wir entgegen, wo uns ein Bedürfnis bekannt wird. Eine Verlegung der Ueberlunden der Grenzassistenten ist nicht möglich, weil die Grenzassistenten ihren Dienst nicht wie Bureaubeamte, sondern nach dem Bedürfnis zu verschiedenen Stunden leisten müssen. Redner rechtfertigt die Urlaubsbestimmungen. Wenn ein Dienstvorstand fordert, daß ein Beamter nach einem Erholungsurlaub sich bei seinem Vorstand meldet, so ist das ganz in der Ordnung. Den Wunsch der Grenzkontrolleure nach Verlegung des von ihnen gestellten Dienstzimmers können wir nicht gewähren. Der Wunsch nach Beilegung des Dienstplatzes ist nicht berechtigt, sie sind sonst keine Grenzkontrolleure zu Pferd mehr. Die berittenen Grenzkontrolleure sind aber notwendig. Redner rechtfertigt die Maßnahmen, daß die Steuererheber nicht mehr wie früher almonatlich ihre Beträge selbst abliefern; diese Einrichtung entspricht den früheren Verhältnissen. In der Kammer wurde aber der Wunsch laut, es sollen die Dienststellen möglichst eingespart werden. Das ist auch die Neigung, aus denen die Erheber für sich einen Vorteil bezogen, in Wegfall kommt, ist klar. Dem Wunsche, daß den Steuererhebungen, die mit der Auszahlung der Tabakarbeiterunterstützung übermäßig beschäftigt sind, dafür eine besondere Vergütung erhalten, ist bereits entsprochen. Bis jetzt sind 17 000 Unterstellungen im Gesamtbetrag von einer halben Million ausbezahlt. Die Grenzassistenten können jetzt schon in den inneren Dienst eintreten. Was die Veranfassung betrifft, sind die Gewehre nicht zu schwer. Wir sind in der Frage

Theater und Kunst.

Groß-Hoftheater. In Gerhart Hauptmanns Komödie „Kollege Wasserfall“ trat unter berühmter Gast, Herr Albert Wasserfall, in der Titelrolle vorgetreten. Ueber das hier neu inszenierte Stück werden wir hier nicht viel Worte verlieren, denn derjenige, dem das Theater noch mehr ist als eine Nervenanregungsanstalt, kann sich von ihm nur abgesehen haben; die paar hübschen Szenen zwischen dem jungen Max Strahlner und Gertrude, des Brof. und verkommenen Alkoholisten Gramptons Tochter, können den Gekleid nicht befriedigen, den diese Gestalt, die allerdings dem Leben entnommen, in ihm erregt. Das Hauptmann das wirkliche Leben sprechend ähnlich fotografiert, das hat er mit seinem „Fuhrmann Henschel“ und diesem Stück erwiesen, und er versteht es sogar zuweilen selbst bei solchen Nachbildungen eine Art Nüchternheit durch den Stoff zu erzeugen. Wir wollen die an dieser Stelle schon oft angeführte Frage: „Was sollen diese Stücke auf der Bühne?“ heute nicht von neuem in Betracht ziehen. Soll das Stück mit seiner „logisch-physiologischen Wahrheit“ bildend, belehrend oder unterhaltend wirken? Das Letztere vielleicht nicht wohl bei jenen ein, die notwendig einen Nervendruck brauchen, weil sie für das wirkliche Schöne, Beliebrende und für die Unterhaltung ohne perverse oder zerebranzspannende Situationen zu blasiert sind. Wenn das Theater, und speziell ein Hoftheater, eine Bildungsanstalt sein soll, so muß es demgemäß sein Repertoire gestalten, und es kann den Anforderungen der Gegenwart entsprechen, ohne gerade sich dabei des

traffesten Realismus zu bedienen, es sollte sich eben sein Publikum ziehen und keine allzu große Rücksicht auf diejenigen nehmen, die am liebsten ihre Gestalten von der Straße weg auf der Bühne sehen. Hätte Wasserfall nicht wirklich großartig gespielt und seinen Mann mit photographischer Treue porträtiert, man hätte die Handlung kaum mit ansehen können, und trotzdem verließen verschiedene das Theater, ohne das Ende des so tief gekennnten Maler-Genies, an dem nur einzelne Geisteskräfte auf einmal höhere Ziele hinwieseln, abzuwarten. Es lohnt sich nicht der Mühe, zu rekapitulieren, was wir schon des öfteren über diese Sorte von Stücken und über den Geschmack des Publikums, oder doch wenigstens eines Teils desselben, geschrieben. Man braucht absolut kein Verehrer Maximilian Harden's zu sein, aber was er neulich in Berlin in einem Vortrag über das Theater sagte, kann man zum größten Teile unterschreiben: „Das Theater ist nur ein Auschnitt aus dem Leben anstatt kraftvoller dramatischer Kraft. Auch den Darstellungstil habe der Zeit beeinflusst. Er ziehe den Produzenten der heutigen Lustspiele und Possenliteratur die Lustspielmacher der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bei weitem vor. Viele Anzeichen seien vorhanden, daß die dramatische Produktion sich wieder von Naturalismus abwendet und selbst Gerhart Hauptmann wandte auf der Bahn der früheren Epoche. Im Theaterleben habe sich nichts geändert bis auf einen Hauptfaktor: das Publikum. Letzteres, das heute das Theater besuche, seien größtenteils abgearbeitete, müde Menschen, welche „Sensation“ brauchen. Die Verhältnisse trieben dahin,

daß das Theater seine höhere Kunstform verlore, sie drängten auf eine Vergrößerung hin und schließlich, meint er, würden (wie in England, wo nur noch Sensationsstücke, Lustspielstücke, Operetten, Ballet z. z. geben und das Publikum anlocken) die großen Kinetographen den Bühnen die Lebensmöglichkeiten untergraben.“ — Wenn man auch nicht gerade das Letztere schon befürchten muß, spricht doch aus allem was er sonst sagte eine große Erfahrung, die nur zu sehr auf Wahrheit beruht, wie die Beispiele beweisen.

Unser Gast, Herr Wasserfall, ist in der Tat ein berufener Darsteller solcher Rollen wie wir selten einen besseren gesehen. mit der Wiedergabe seines „Grampton“ unterschied er sich von Georg Engels in der Auffassung in vielen, auf das näher hier einzugehen jedoch keinen Zweck hätte, aber in seinem machtvollen, von hohem Verständnis für des Dichters Absicht getragenen Spiel zeigte er sich als ein Meister, der in jeder Bewegung, in jedem Tone das Leben erfährt, der die leisesten Regungen der Seele mit richtigem Ausdruck wiedergeben vermag, in dessen genialer Darstellung sich hoher Geist und seine Beobachtung wieder spiegeln. Das Publikum vergaß über diesen großen Vorzüge das Widerwärtige des Stückes und brachte dem Künstler die feinsten Ovationen entgegen, rief ihn immer und immer wieder vor die Lampen. Glänzend bewährten sich neben ihm auch der ausgezeichnete charakterisierte, seinen Dialekt vortrefflich sprechende „Wölfel“ (das Faclolum Gramptons) Herr Dapper, Frl. Alwine Müller als lebenswichtige Tochter Gramptons, ferner Frl. Frauendorfer und die Herren Baumach, Kronek und Höcker. Auch

die Nebenrollen waren richtig besetzt. — Das Haus war schwach besetzt, die Ursache der geringen Teilnahme des Publikums brauchen wir hier wohl kaum noch zu erklären, sie dürfte in der „Auser-Abonnementsvorstellung“ und dem Stück selbst ihre volle Begründung finden. v. Stecken.

Kirchliche Nachrichten.

Donationsverein. 14. April. St. Michaels der Fürst zu Fürstentum hat die Pfarrei Pöschheim nach dem Bericht des Herrn Pfarrers Obergfell in Roggenbunden Herrn Pfarrer Belg in Emmingen ab Egg verliehen.
— **Kein Grammophon beim Gottesdienst.** Im Anschluß an eine jüngst veröffentlichte Notiz teilen wir eine Entscheidung der römischen Konzilskommission mit. Es war angefragt worden, ob beim feierlichen Amte oder anderen Gottesdiensten, wo keine Organisten oder keine Sänger vorhanden sind, das Grammophon für den Gesang der streng liturgischen Teile des Amtes, der Hymnen und anderer Gesänge gebraucht werden dürfe. Die Antwort lautete, wie nicht anders erwartet werden konnte, verneinend.
— **Pfarrerreise nach Santiago de Compostela.** Der bayerische Bistumsverein vom hl. Land veranstaltet neuer während der großen Schiffern eine Reise nach Santiago de Compostela mit Besuch der wichtigsten Städte Nordspaniens und Portugal.
— **Meierreise:** München, Genf, Avignon, Barcelona, Montserrat, Manresa, Saragosa, Madrid mit Umgebung, Vitoria mit Centro, Oporto, Santiago, Leon, Valladolid, Burgos, San Sebastian, Biarritz, Lourdes, Paris, München.
Reisezeit: 20. Juli bis 18. August, Reisekosten ca. 850 Mark. Es werden nur 15 Personen aufgenommen, weshalb baldige Meldung geraten. Anmeldung und Auskunft: Bayerischer Bistumsverein vom hl. Land (H. D. Prälat Reichberger) München, Frauenplatz 13.

Der Neubewaffnung nicht ganz selbständig. Wir hoffen aber, im nächsten Etat Mittel für die Neubewaffnung der Grenzaufseher einstellen zu können. Es ist unter seiner Weile, in der Verbesserung der Zollverhältnisse, die in den letzten zwei Jahren angebahnt wurde, fortzuführen. Es ist geklagt worden über die Härte der Strafen beim Schmuggel. Wir sind der Ansicht, daß auch Verwarnungen angewendet und nach Lage der persönlichen und sonstigen Verhältnisse Strafen im Gnadenweg erlassen werden können. Wir haben bereits Anordnungen getroffen, um den Verkehr mit Tabakproben möglichst zu erleichtern. Wir sind auch zu der Überzeugung gekommen, daß die Abschätzung der Tabakfelder zwecklos ist. Ob es aber gelingt, eine praktische Änderung zu treffen, ist noch nicht zu sagen. Was die Entschädigung für beschlagnahmten Tabak betrifft, können wir nicht daran ändern, daß derjenige die Vergütung erhält, der die Steuer bezahlt hat und das wird in den meisten Fällen der Käufer sein. Die Landwirte sollen aber künftig rechtzeitig von der Abschätzung in Kenntnis gesetzt werden.

Abg. Geyert (Str.): Auch Oberfrank hat sein Finanzamt, das es 100 Jahre befehlen hat, verloren. Diese Maßregel hat große Erregung hervorgerufen und trifft die Leute sehr hart, da der Weg nach Offenburg und Adern sehr weit ist. Ich glaube, daß die Verwaltung im großen manchmal das Augenmaß für die kleinen Verhältnisse trübt. Die kleinen Städte kommen in ihrer Lage zurück; sie geben sich alle Mühe, vorwärts zu kommen. In diesem Lichte erscheint die Vereinfachung der Verwaltung doch ganz anders. Weder fragt man, ob die kleinen Obsterbrenner, die ihr Jahresquantum nicht brennen, die Steuer rückgängig erhalten und schließlich auswärts wärmen den Winden für die Steuererheber an.

Ministerialdirektor Müller: Die Regierung hat die Frage der Vereinfachung auf sich zurückgeworfen. Oberfrank war das kleinste Amt, das in Betracht kommen konnte. Die Frage der Rückvergütung für Kleinbrenner soll geprüft werden. Die allgemeine Beratung ist damit geschlossen. In der Spezialberatung bringt

Abg. Banischbach (kon.): Die Anregung vor, bei der Erhebung der Zölle und Zolltarifveränderungen eine Aenderung vorzunehmen. Die großen Abgänge an Gebühren scheinen auf das System der Erhebung zurückzuführen zu sein. Die Gebühr wird in die Gebühreliste eingetragen und darüber können Monate vergehen, bis die Gebühr erhoben wird. Der Zahlungspflichtigen wäre es oft lieber, wenn sie ihre Gebühren sofort bezahlen könnten. Das System der Erheberrücklagen trägt zu einer Verschleppung des Prozentsatzes bei. In den Städten sollen bei den Notrieten 25 Prozent der Gebühren im Abgang kommen. Weder weißt nach, daß sich 12 Vorgänge vollziehen, bis einer seine Gebühr zahlen kann.

Staatsrat Seubert: Banischbach hat darauf hingewiesen, daß der Abgang von 654 000 M. an Zölle- und Zölleerträgen ungewöhnlich groß ist. Wir haben aber gegenüber dem letzten Budget 200 000 M. mehr und mit Rücksicht darauf ist ein höherer Abgang einzugehen. Der Abg. Banischbach hat eine Aenderung des Erhebungssystems gefordert; die Verhältnisse seien seit Oktober noch schlechter geworden. Die Ueberweisung des Gebührenerwehrens an die Steuerdirektion hat es ermöglicht, daß der Verwaltungshof mit anderen Aufgaben betraut werden kann, bei der Steuerdirektion aber infolge der Kontrolle keine neuen Beamten nötig

sind. In Bremen ist eine Reuerung getroffen, wonach Gefälle sofort durch Stempelmarken erhoben werden. Die nachfolgenden Ausführungen des Abg. Banischbach werden Gegenstand weiterer Erwägung sein.

Abg. Kolb (Soz.) fragt an bei der Brauwirtschaft, welche Grundzüge maßgebend seien für die Verteilung des Kontingents, da einzelne Betriebe mit größerer Produktion keinen oder nur geringen Anteil haben. Er möchte anfragen, ob es wahr ist, daß eine Firma die Hälfte erhalte habe, und ob die Kleinbrenner auch einen namhaften Betrag erhalten.

Staatsrat Seubert: Die Grundzüge sind durchaus kein Geheimnis, sie sind im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Es ist freilich eine äußerst komplizierte Materie. In jedem Fall muß eine minutiöse Prüfung der Verhältnisse stattfinden. Ich kann deshalb nicht annehmen, daß ein Fall vorgekommen ist, daß eine unbillige Zurücksetzung einzelner Brennerien vorgekommen sein könnte. Zahlen kann ich jetzt über Brauwirtschaft und Kontingent nicht angeben. Wir haben in Baden eine der größten Brennerien. Die Kleinbrenner gehören nicht zum Kontingent. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kolb (Soz.) ist sehr dankbar für die letzten Ausführungen.

Abg. Schmidt-Vretten (V. d. L.): Kolb scheint hier einen Mißverständnis zum Opfer gefallen zu sein. Abg. Geyert (Str.) weist nach, daß die Kleinbrenner eine erhebliche Erleichterung genießen.

Abg. Süßkind (Soz.): Die Hauptsache ist die Hebung der Staatskassen. Staatsrat Seubert erklärt, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, wie die Sache sich verhält. Den niedrigeren Steuerfällen genießen 1. die Kleinbrenner ohne Ausnahme, 2. diejenigen, die in den letzten Jahren vor Einführung des Brauwirtschaftsgesetzes Brauwirtschaft betrieben und sonst den Bedingungen entsprechen.

Abg. Schmidt-Vretten (V. d. L.) begrüßt es, daß aus den Ausführungen des Staatsrats hervorgeht, daß auch Baden ein Interesse gehabt habe an der Kontingentierung.

Abg. Süßkind (Soz.) polemisiert gegen Schmidt-Vretten.

Abg. Kolb (Soz.) möchte bitten, daß einmal Auskunft über die Verteilung des Kontingents gegeben werde. Was sind die 6 M. für die Kleinbrenner gegen die halbe Million, die Summe bekommt?

Abg. Dr. Behner (Str.) und Abg. Geyert (Str.) treten den sozialdemokratischen Vorrednern gegenüber bezüglich der Kleinbrenner.

Abg. Frank (Soz.) verteidigt Süßkind gegen Dr. Behner.

Abg. Dr. Reimburger (Dem.): Wir wollen nicht Befreiung des niederen Steuerzuges für die kleinen, aber Befreiung der Liebesgabe für die Großbrenner.

Abg. Dr. Behner (Str.): Wenn es nicht möglich war, die Materialbrenner noch weiter zu begünstigen, so ist das die Schuld der Nationalliberalen, die mit den Konservativen meine diesbezüglichen Anträge bekämpften.

Darauf wird der Antrag der Kommission einstimmig angenommen. Derselbe lautet:

Die Kommission stellt den Antrag: zu genehmigen: In Ausgabe 24 057 656 M. In Einnahme:

A. Ordentlicher Etat 125 140 150 M. B. Außerordentlicher Etat 37 509 M.

Ueber den

Gesetzentwurf betr. die Aenderung des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes

Berichterstatter Abg. Wittmann (Str.): Der Gesetzentwurf ist veranlaßt durch die Aenderung des Reichsgesetzes wegen der Befreiung der Doppelbesteuerung; er legt an Stelle des Steuerantrags den Steuerentwurf und bringt außerdem eine Vermehrung der Einkommensteuer um 2265 Mill. Die Gesetzesvorlage der Regierung hat es verschmäht, Bestimmungen anzunehmen, welche eine besondere Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen enthalten. Die Regierung hat dies nicht aus Mangel an sozialem Empfinden, sondern im Hinblick auf die nächste Finanzlage. Die Kommission war aber der Ansicht, daß diese Gelegenheit an Schöpf zu ergreifen sei, hier die Schonung der wirtschaftlich Schwachen in das Gesetz zu bringen. Als besonders ungünstige Verhältnisse soll die Erziehung einer größeren Anzahl Kinder gelten. Die Regierung hat die Einführung des Kinderparagrafen, wie er in vielen anderen Staaten besteht, abgelehnt, weil er einen Anfall von 600 000 M. bringen und die Steuerverwaltung ungemein erschweren würde. Die Kommission sah von dem Kinderparagrafen ab, weil die Regierung in einer Erklärung versprochen, daß sie in den Vollzugsbestimmungen den Anträgen Rechnung tragen wolle. Allgemein angenommen wurde die Bestimmung, daß künftig, wie bisher, die Steuer nur von 900 Mark Einkommen an erhoben wird. Weitere Erleichterungen wurden geschaffen, indem als abzugsfähig bezeichnet wurden pflichtmäßige Versicherungsbeiträge der Arbeiter. Mit dem bisherigen System des Steuerantrags soll gebrochen und dafür der Steuerentwurf eingeführt werden. Zum Steuerentwurf wurden verschiedene Anträge eingebracht auf Ermäßigung der unteren Steuerstufen. Die Spannungen im Steuerentwurf bringen Härten mit sich, die Regierung stimmte aber einem Antrag zur Erleichterung nicht zu. Die Härten seien eben zu ertragen, der Tarif bringe auch Vorteile. Ein Antrag, die Spannung bis 3000 bzw. 4000 Mark auf 100 M. festzusetzen und dabei eine kleine Ermäßigung eintreten zu lassen und dafür die Einkommen von 10 000 M. mehr heranzuziehen, wurde von der Mehrheit der Kommission abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Erleichterung bis 2000 Mark. Es wurde ferner beantragt, bis 1200 M. die alten Gesetze gelten zu lassen. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Die Regierung und die Kommission einigten sich schließlich auf einen Kompromiß. Die Kommission beantragt die Annahme des Gesetzentwurfs mit folgendem Kompromiß:

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen von

900—1000 M.	5.50 M.
1000—1100 M.	8.— M.
1100—1200 M.	10.50 M.
1200—1400 M.	13.— M.
1400—1600 M.	17.— M.

Redner berichtet sodann über die einflussreichen Petitionen, zunächst über die des Industriellenvereins Mannheim; die eine reichhaltigere Behandlung von Handel und Industrie gegenüber der bevorzugten Landwirtschaft verlangt. Es werden in der Petition Klagen geführt über die Abschätzung bei der Vermögenssteuer, daß außer den Ueberflüssen der

Kriegsgesellschaften auch die Dividenden an die Aktionäre zur Vermögenssteuer herangezogen werden, ebenso die Beiträge zu Wohlfahrtsvereinigungen. Es wird ferner geklagt, daß infolge der Vermögenssteuer neue Unternehmungen nicht mehr angebahnt werden. Die Kommission beantragt, Ziffer 1 der Petition jede weitere Progression abzuheben, durch den gezielten Antrag über den Gesetzentwurf als erledigt zu erklären; den 2. Teil, der eine reichhaltigere Sondierung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Einschätzung des gewerblichen Betriebskapitals verlangt, zur Kenntnisnahme und den dritten Teil, der verlangt, daß bei der Vermögenssteuer keine Bevorzugung der Landwirtschaft stattfinden, der Regierung für eine spätere Revision des Vermögenssteuergesetzes als Material zu überweisen.

Präsident Hohmann: Es ist folgender Antrag Neubaus und Gen. (Str.) eingegangen:

1. Der Anlage zu Artikel 21 des Einkommensteuergesetzes, dem Steuerentwurf, folgende Fassung zu geben:

Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen

von 900 M. bis ausschließlich 1000 M.	5.50 M.
" 1000 " " " 1100 " "	" 8.— "
" 1100 " " " 1200 " "	" 10.50 "
" 1200 " " " 1300 " "	" 12.— "
" 1300 " " " 1400 " "	" 13.— "
" 1400 " " " 1500 " "	" 15.— "
" 1500 " " " 1600 " "	" 17.— "
" 1600 " " " 1700 " "	" 19.— "
" 1700 " " " 1800 " "	" 21.— "
" 1800 " " " 1900 " "	" 23.— "
" 1900 " " " 2000 " "	" 25.— "
" 2000 " " " 2100 " "	" 27.50 "
" 2100 " " " 2200 " "	" 30.— "
" 2200 " " " 2300 " "	" 32.50 "
" 2300 " " " 2400 " "	" 35.— "
" 2400 " " " 2500 " "	" 37.50 "
" 2500 " " " 2600 " "	" 40.— "
" 2600 " " " 2700 " "	" 43.— "
" 2700 " " " 2800 " "	" 46.— "
" 2800 " " " 2900 " "	" 49.— "
" 2900 " " " 3000 " "	" 52.— "

Von 3000 M. bis ausschließlich 10 000 M. wie in der Regierungsvorlage.

Von 10 000 M. bis ausschließlich 20 000 M. Einkommen liegen die Steuerstufen um je 500 M. und von 20 000 M. Einkommen an um je 1000 M. Der Steuerbetrag beträgt bei einem Einkommen von 10 000 M. bis ausschließlich 10 500 M.: 350 M. und steigt von da an stufenweise um je 20 M.; von 15 000 M. bis ausschließlich 15 500 M.: 560 M. und steigt von da an stufenweise um je 20 M.; von 20 000 M. bis ausschließlich 21 000 M.: 780 M. und steigt von da an stufenweise um je 50 M.; von 70 000 M. bis ausschließlich 71 000 M.: 3300 M. und steigt von da an stufenweise um je 70 M.

Für die Steuerstufen von 80 000 M. an beträgt der Steuerbetrag je 5 vom Hundert des Einkommens, mit dem die Stufe beginnt.

2. Bei Art. 21 a. Steuerentwürfen in Art. 1 statt der Worte „um höchstens 2 Steuerstufen ermäßigt“, die Worte zu lesen „um höchstens 4 Steuerstufen ermäßigt“.

Abg. Reumann (kon.) beantragt, hier die Beratung abzubrechen. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Samstag vormittag 9 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Steuerentwurfes. Schluss 1 Uhr.

Rappenaubad
Solbad u. Luflukurort
Stat. d. Eisenbahnlinie Heidelberg-Heilbronn.
Uel. d. Prof. Dr. J. K. H. der Gross. L. u. B. Baden.
Kurzeit 1. Mai bis Ende Oktober.
Neuerbautes Solbad, höchstgradige Sole.
Sol-, Kohlenwasser-, Dampf- und Moorbäder.
Dusche und Inhalation. Glänzende Heilerfolge bei allen rheumatischen, chronischen Knochen- und Gelenkerkrankungen, Syphilis, Rachitis, Frauenkrankheiten usw.
Seltene Anlagen und Hochwäldchen. Herrliche Ausflüge ins nahe Neckartal. Gute Verpflegung in mehreren Gasthöfen u. Pensionen, sowie bei Privaten. Badearzt C. Mühs. Prosp. Auskunft erteilt d. Bürgermeisterei.

Neu eröffnet.
Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“
Busenbach.
10 Minuten von der Station der Albtalbahn.
Grosser neuer Saal, besonders für Gesellschaften und Vereine passend. Nebenzimmer, geräumige Terrasse.
Gute Küche, reine Weine u. bestes Karlsruher Bier aus der Brauerei Prinz. — Halte mein Gasthaus den verehrl. Ausflüglern und Vereinen bestens empfohlen.
Hermann Müller,
Besitzer.

Zigarren-Spezial-Geschäft
Lorenz Graf
KARLSRUHE
Ecke Marien u. Augartenstr.
(vis-à-vis der kath. Kirche).
Zwei möblierte Zimmer
an eine Dame oder einen Herrn auf sofort oder später zu vermieten.
Näheres Friedenstr. 17, 11.
Eugen Klingele, Erbarztstr. 76.

Einige wenig gespielte
Pianinos,
darunter von Seitter & Winkelmann, sind zu 400 M., 425 M., 480 M., 600 M., 720 M. mit fünfjähriger Garantie zu verkaufen bei
Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.
Bäckerei-Verkauf.
In guter, zukunftsreicher Lage von Karlsruhe (Südstadt) ist eine gutgehende Brot- und Feinbäckerei wegen Geschäftsveränderung zu verkaufen. Für junge tüchtige Leute (Kathol. Konfession) prima Erlöse. Anzahlung 10—15000 M. Adressen von Verkäufer unter Nr. 623 an die Geschäftsstelle des Platzes erbeten.

Frankfurter Börsenkurse vom 14. April 1910.

Staatspapiere.	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.
4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.
4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	4 Reichs-Anl.	102.40	4 Reichs-Schatz. M.	102.40	